

Stand: 20.04.2026 06:22:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8073

"Kitas und (Grund-)Schulen wieder für alle Schüler öffnen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/8073 vom 28.05.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 28.05.2020
3. Beschluss des Plenums 18/8514 vom 17.06.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 17.06.2020



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

### **Kitas und (Grund-)Schulen wieder für alle Schüler öffnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass mit der Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH), der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie (DGPI), der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ), der Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP) und des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte in Deutschland (bvkj e. V.) mehrere bedeutende Fachgesellschaften eine klare Empfehlung für eine zeitnahe Wiederöffnung der Kitas und Grundschulen ausgegeben haben. Außerdem hat eine Corona-Studie zu 2 500 Kindern unter 10 Jahren im Nachbarbundesland Baden-Württemberg weitere unterstützende und verfestigte Trends gezeigt.

Angesichts der durch Wissenschaft immer deutlicher herausgearbeiteten, untergeordneten Rolle von Kindern in der Verbreitung des Virus und weiterer Erkenntnisse über die Infektionsdynamik muss die Lage daher neu bewertet werden. Dabei sollten insbesondere die mit der Dauer der Schulschließung dramatisch ansteigenden psychosozialen Risiken und Belastungen von Kindern und ihren Familien mit einbezogen werden. Das gilt ebenso für die bildungspolitischen und organisatorischen Herausforderungen mit dem „Lernen zuhause“ und der noch parallel stattfindenden Notbetreuung bis zur sechsten Klasse.

Der Landtag fordert deshalb die Staatsregierung auf, anhand der folgenden Eckpunkte ein Umsetzungskonzept für einen eingeschränkten Regelbetrieb Bildungs- und Erziehungseinrichtungen für Kinder bis zur sechsten Klassenstufe zu entwickeln und auf die neue Lage umgehend zu reagieren:

- Die Kindertagesstätten und Horte sollen unter Berücksichtigung der regionalen Neuinfektionsrate sowie der vorhandenen Kapazitäten für alle Kinder wieder öffnen. Damit können bisherige Notbetreuungsangebote ersetzt und wieder längere Öffnungszeiten angeboten werden. Dies kann auch ohne die Bildung von Kleinstgruppen erfolgen, es ist jedoch streng auf die Vermeidung von Durchmischungen der Gruppen zu achten, z. B. mit entsprechend versetzten Start- und Endzeiten und durch den Verzicht auf offene Konzepte. Außerdem sollten möglichst viele Angebote im Außenbereich organisiert und ansonsten insbesondere auf gute Durchlüftung der Räume geachtet werden.
- Der Unterrichtsbetrieb soll an Grundschulen und in den Klassenstufen 5 und 6 an weiterführenden Schulen am 15. Juni 2020 unter Berücksichtigung der regionalen Neuinfektionsrate und der vorhandenen Kapazitäten wieder aufgenommen werden. Ein Rückgriff auf (wochenweise) Staffelung soll in der Regel in diesen Jahrgangsstufen nicht mehr erfolgen müssen. Die Notbetreuung kann hiermit für diese Einrichtungen ebenfalls entfallen. Auf eine Vermeidung von Gruppendurchmischungen (wie etwa beim Religionsunterricht) und gestaffelte Start- und Endzeiten des Unterrichts ist hierbei zu achten. Wo es möglich ist, soll Unterricht nach außen verlagert und ansonsten insbesondere auf gute Durchlüftung der Räume geachtet werden.

- Die Kinder sollen begleitend dazu in den Grundregeln der Hygiene spielerisch und kindgerecht unterwiesen werden. Für den Umgang mit Krankheitssymptomen sind klare Regelungen zu treffen. Eine angemessene Ausstattung aller Sanitäreinrichtungen ist sicherzustellen. Für eventuell nötige Sanierungsarbeiten sind schnell umsetzbare und großzügige Förderlösungen mit den Sachaufwandsträgern zu finden.
- Der Schutz des Lehr-, Erziehungs- und Betreuungspersonals muss weiter durch Präventionsmaßnahmen gesichert werden. Dazu gehört insbesondere die Abstandswahrung untereinander, ggfs. Mund-Nasen-Schutz, situationsabhängige Möglichkeiten zur Händedesinfektion und ein schnell verfügbares Angebot für regelmäßige (Pool-)Testungen.
- Die Maßgaben des mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege erarbeiteten Infektionsschutzkonzepts sind mit Blick auf die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu überarbeiten. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zum Schutz von Risikogruppen vorzusehen und eigenverantwortliche Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die Schulgemeinschaft ist über die Rahmenvorgaben baldmöglichst zu informieren und bei Bedarf aktiv zu unterstützen.
- Generell sind die weiteren Schritte eng mit der Wissenschaft abzustimmen sowie durch ein entsprechendes Monitoring zu begleiten und evaluieren.

**Begründung:**

Vor dem Hintergrund der oben erwähnten Stellungnahme als auch den damit einhergehenden Forderungen der genannten Gesellschaften, ist es mit Fokus auf das langfristige Wohl der Familien und insbesondere der Kinder nicht hinnehmbar weiterhin nur ein beschränktes Schul- und Kita-Angebot für die am wenigsten vulnerablen Altersgruppen bereitzustellen. Die bisherige Positionierung der Staatsregierung ist hierzu noch nicht ausreichend deutlich geworden, damit alle Beteiligten sich auf das weitere Vorgehen einstellen können. So äußerte sich der Ministerpräsident am Dienstag laut Berichterstattung des BR wie folgt: „Ab 1. Juli sollen alle Kinder nach Angaben Söders wieder in ihre Betreuungseinrichtungen sowie ihre Schulen gehen können. Zugleich stellte er in Aussicht, dass nach den Sommerferien wieder der ganz normale Regelbetrieb aufgenommen werden könne.“ Damit bleibt allerdings unklar, warum die wichtigen Funktionen von Bildung und Erziehung erst zu diesem Zeitpunkt und in welcher Intensität wieder aufgenommen werden. Nur kurze Präsenzzeiten erschweren ein effektives Lernen für die Kinder und tragen nur unwesentlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Erziehungsberechtigten bei. Der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Michael Piatzolo, lässt auf der Website des Staatsministeriums verkünden, dass ab dem 15. Juni 2020 ein wochenweise gestaffelter Unterrichtsbetrieb die Regel sein wird (<https://www.km.bayern.de/allgemein/meldung/6964/so-geht-es-an-den-schulen-in-bayern-weiter.html> zuletzt aufgerufen am 27.05.2020).

In anderen Bundesländern (bspw. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Sachsen) gibt es teils schon konkretere Planungen zur Rückkehr in einen „eingeschränkten Regelbetrieb“ für die jeweiligen Einrichtungen. Mit ersten Aussagen aus einer Studie für 2 500 Kinder unter 10 Jahren liefert Bayerns größtes Nachbarbundesland außerdem weitere Hinweise auf eine deutlich reduzierte Rolle der Jüngeren beim Infektionsgeschehen der Corona-Pandemie. Aus den bisherigen Erkenntnissen sollte daher ein eingeschränkter Regelbetrieb der Bildungs- und Erziehungseinrichtungen die bisherigen Angebote der Notbetreuung ersetzen können.

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Johannes Becher

Abg. Julika Sandt

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Jan Schiffers

Abg. Doris Rauscher

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Susann Enders

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kinder brauchen Kinder: Kita-Regelbetrieb wiederherstellen! (Drs. 18/8015)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Kitas und (Grund-)Schulen wieder für alle Schüler öffnen (Drs. 18/8073)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)**

**Kindeswohlgefährdung beenden - Kindergärten und Grundschulen umgehend und vollständig öffnen (Drs. 18/8074)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Chaos für Familien und Kitas beenden - mit Verlässlichkeit und Planungssicherheit aus der Krise (Drs. 18/8075)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das stufenweise Vorgehen der Staatsregierung zu Beginn der Pandemie bei diesem Thema war richtig und wir haben das konstruktiv unterstützt. Wir haben eigene Ideen eingebracht, wenn ich an das Thema der interfamiliären Betreuungsgruppen erinnern darf, das dankenswerterweise von der Staatsregierung aufge-

griffen wurde. Der Grundsatz von "Vorsicht und Umsicht" ist grundsätzlich auch in Ordnung.

Aber rückblickend muss man natürlich schon sagen, dass gerade die Interessen der Kinder in Bayern viel zu lange unberücksichtigt geblieben sind und es eigentlich auch immer noch sind. Wenn man sich anschaut, was inzwischen alles wieder geöffnet wird und in naher Zukunft geöffnet werden soll, dann ist eine Aufrechterhaltung der Notbetreuung und damit der Ausschluss von vielen Kindern für zig weitere Wochen nicht mehr zu rechtfertigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder werden – und das stört mich als Mitglied der Kinderkommission – seit Beginn dieser Corona-Pandemie eigentlich ausschließlich als Träger von Viren, aber nicht als Träger von existenziellen Rechten betrachtet. Es gibt ein Recht auf Bildung, ein Recht auf physische und psychische Unversehrtheit, ein Recht auf Spiel, auf Kontakt zu anderen Kindern. Kinder brauchen Kinder. All diese Rechte haben jetzt, je nach Situation der einzelnen Familie, mehr oder weniger gelitten, und das seit über zwei Monaten. Das kann so nicht noch zig Wochen weitergehen.

Wie ist die aktuelle Lage? – Aus meiner Sicht stellt sie sich so dar: Mit der Ausweitung am vergangenen Montag sind die Kitas teilweise wieder erheblich besucht. Im Durchschnitt zu 50 %, in Einzelfällen auch deutlich mehr. Kleine Gruppen sind in der Praxis teilweise gar nicht mehr umsetzbar. Das Sozialministerium hat folgerichtig auch den Terminus verändert und spricht jetzt von "festen Gruppen". Das entspricht der Praxis.

Der Ministerpräsident hat sich für Anfang Juli kleine Gruppen gewünscht. Ich weiß nicht, wie man das umsetzen soll. Ich würde mir grundsätzlich auch ohne Corona kleinere Gruppen in den Einrichtungen wünschen. Aber es fehlt das Personal dafür. Es fehlen auch die Räumlichkeiten. Insofern werden wir bei festen Gruppen bleiben müssen. Kleine Gruppen sind eine Wunschvorstellung.

Ein weiterer Punkt ist, dass sich aus wissenschaftlicher Sicht die Erkenntnisse jetzt schon sehr deutlich verdichten, dass Kinder seltener erkranken und die Verläufe milder sind. Ich bin froh, dass man in Baden-Württemberg so weit ist, dass man solche Studien macht und auch die Island-Studie noch mal überprüft. An den Zwischenergebnissen der Studie aus Baden-Württemberg ist deutlich und ganz augenscheinlich geworden, dass Kinder keine Treiber des Infektionsgeschehens sind, dass Corona sich da nicht verhält wie die Influenza. Das muss man bitte einfach mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was folgt daraus? – Unseres Erachtens ist die Öffnung der Kitas nach den Pfingstferien verantwortbar, wenn sich das Infektionsgeschehen jetzt nicht massiv verändert. Wir haben in unserem Antrag den 15. Juni anvisiert. Dieses Datum haben nicht wir erfunden, sondern dieser Vorschlag kam letzte Wochen nach der Kabinettsitzung von Ihnen, Frau Trautner. Sie hatten die Idee, die Notbetreuung auszuweiten, mit den mittleren Kindern und deren Geschwisterkindern, womit wir im Durchschnitt 80 %, im Einzelfall sicher auch noch deutlich mehr Kinder in den Kitas hätten.

Diese Idee finde ich unsinnig, weil dann in eine Gruppe von eigentlich 20 Kindern 17 dürften und drei Kinder nicht. Wie können Sie das diesen drei Kindern erklären? Wie können Sie das den Eltern erklären? Was den Infektionsschutz betrifft, macht es keinen großen Unterschied mehr, ob 17 oder 20 Kinder in der Gruppe sind.

Meine Damen und Herren, daher meine ich: Wenn man für 80 % öffnen kann, dann kann man so verantwortungsvoll sein und auch für 100 % öffnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es gibt natürlich auch Ängste, es gibt Verunsicherung bei Eltern, bei Fachkräften. Das haben wir heute auch schon ein paar Mal gehört: Wir müssen mit diesem Virus dauerhaft leben. Eine absolute Sicherheit kann niemand geben, sondern wir können

bestenfalls Maßnahmen ergreifen, um das Risiko zu reduzieren. Unsere Vorschläge sind zum einen, dass die Kitas mit ausreichenden Schutzmaterialien ausgestattet werden, dass wir sie nicht mehr zwingen, sich ihre Masken selber zu nähen. Dann gibt es noch das Thema der Testung, das wir gerade ausführlich diskutiert haben.

Frau Staatsministerin Huml, ich würde mir wünschen – ich weiß, dass man das nicht nächste Woche umsetzen kann –, dass wir das Ziel ins Auge fassen, dass wir allen Fachkräften sagen können: Wenn ihr euch einmal in der Woche testen lassen wollt, bekommen wir das hin. Das werden nicht alle machen, aber wir haben auch Fachkräfte in der Risikogruppe. Dieses Angebot sollten wir ihnen machen, dieses Ziel sollten wir anstreben.

Zudem würde ich es auch als hilfreich empfinden, wenn die Gesundheitsämter den Kitas bei den Hygienekonzepten beratend zur Seite stehen – wenn überhaupt noch Bedarf besteht; viele Kitas haben längst ihre Konzepte entwickelt. Vielleicht könnten die Gesundheitsämter auch einmal einen Kinderarzt vermitteln. Ich habe von Kinderärzten gehört, die Fortbildungen für Fachpersonal anbieten. Ich finde, das ist eine ganz tolle Sache. Ich glaube, alles, was wir tun können, um die Sicherheit zu erhöhen, sollte an der Stelle gemacht werden.

Gleichzeitig sage ich: Wenn sich das Infektionsgeschehen jetzt nicht dramatisch anders entwickelt, ist nach den Pfingstferien der richtige Zeitpunkt für eine Öffnung im Sinne der Kinder, im Sinne der Eltern und aufgrund der ausreichenden Vorbereitung dann auch im Sinne der Kitas. Das ist verantwortbar, das ist praktisch umsetzbar. Zur Vorsicht und Umsicht gehören für mich auch Zuversicht und die Bereitschaft, Öffnungen vorzunehmen, wenn Öffnungen verantwortbar sind. Daher bitte ich Sie eindringlich um Zustimmung. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Becher. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP.

**Julika Sandt (FDP):** Ich wundere mich jetzt schon sehr. Sie stellen heute einen intelligenten Antrag. Ich finde das auch alles weitestgehend okay, was Sie heute gesagt haben. Aber vor kurzer Zeit haben Sie dagegen gestimmt, als wir mit unserem Öffnungsplan für die bayerischen Kitas die Blaupause dazu geliefert haben, gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse und mit Aktualisierung der Hygienepläne.

Damals haben Sie gesagt – das ist noch nicht lange her, dass das im Ausschuss war –: Nein, wir wollen, dass die Kitas nur für 30 % geöffnet werden. Jetzt sagen Sie, wenn man 80 % machen kann, dann kann man auch 100 % machen. Wäre es nicht von Anfang an sinnvoll gewesen, unter Berücksichtigung bestimmter Maßnahmen – dass man die Gruppen nicht durchmischt, dass man Hygienekonzepte einhält etc. – die Kitas zu diesem Zeitpunkt tatsächlich zu öffnen?

Warum kommen Sie jetzt erst darauf und schreiben letztlich ab, was auch der FDP-Minister Stamp in Nordrhein-Westfalen gerade umgesetzt hat? Das kommt reichlich spät.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Frau Kollegin Sandt, vielen Dank. Es ist zutreffend, dass wir vor vier Wochen noch einen anderen Antrag gestellt haben, mit einer anderen Position. Das Infektionsgeschehen und die Erkenntnislage verändern sich. Auch wir verändern unsere Position. Ich glaube, das ist normal. In dieser Zeit lernen wir doch jeden Tag dazu.

Sehen Sie sich die Zwischenergebnisse aus Baden-Württemberg an. Die Studie ist erst Anfang Mai bei Prof. Hoffmann von der Universität Heidelberg in Auftrag gegeben worden. Jetzt haben wir Zwischenergebnisse für 2.500 Kinder, die getestet wurden. Vorher gab es natürlich auch schon Ergebnisse aus Island, China und Singapur. Ich kenne die Studienlage. Wir machen es uns da nicht leicht. Man muss wirklich sehen, wann der richtige Zeitpunkt ist zu öffnen. Wenn ich jetzt höre, man könne am 15. Juni für 80 % öffnen, dann meine ich mit dem Blick auf die Praxis: Wenn man es für 80 % machen kann, dann kann man es auch für 100 % machen.

Das ist auch der Grund, warum wir vor vier Wochen eine andere Position hatten als heute. Ich finde, das ist kein Fehler. Ich finde, es ist in Corona-Zeiten normal, dass man sich der aktuellen Lage, dem aktuellen Infektionsgeschehen anpasst und unter dem Zugewinn wissenschaftlicher Erkenntnisse auch seine Position anpasst. Das haben wir gemacht, und wir denken: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Danke, Herr Becher. – Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere: "Wir bekommen es hier mit einer verlorenen Generation zu tun." Das sagt der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks heute in der "WELT". Das ist vielleicht eine Wortwahl, die ich mir nicht zu eigen machen würde, aber der Leidensdruck für die Kinder ist schon enorm. Das betrifft aber nicht allein die Kinder in den Kitas, sondern auch die Schülerinnen und Schüler freuen sich auf ihre Freunde. Sie brauchen das soziale Miteinander, sie brauchen das gemeinsame Lernen. Gerade für alle jungen Kinder ist es ganz entscheidend wichtig, dass sie einen geordneten, einen begleiteten Tagesablauf haben, in dem sie dann auch eine gewisse Orientierung und Sicherheit bekommen.

Wir müssen leider festhalten: Zu Hause ist das eben nicht überall so gewährleistet. So entwickelt sich die aktuelle Lage zu einer Frage der Chancengerechtigkeit, und das an einem Brennpunkt der sozialen Selektion, dort, wo die Entscheidung über zukünftige Bildungskarrieren getroffen wird. Deswegen ist es so wichtig, gerade Schulen und Kitas auch als Schutzräume für Kinder wieder zu öffnen; gerade für diejenigen, die in einem benachteiligten Umfeld sind, ist das eben entscheidend. Außerdem leisten die Schulen und Kitas darüber hinaus wertvolle Unterstützungsarbeit für alle Familien und für die ganze Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP)

Zur Frage der Infektionsgefahr, die natürlich auf der anderen Seite steht, zitiere ich jetzt Herrn Johannes Hübner, einen Infektiologen und Kinderarzt aus München. In der "Süddeutschen Zeitung" stand: "Die medizinische Evidenz rechtfertigt es nicht, ihnen weiterhin ein kindgerechtes Leben zu verwehren."

Da ist was dran. Was mich dazu bewogen hat, diesen Antrag nachzuziehen, ist die jüngste Stellungnahme zur Öffnung von Kitas und Schulen, die wir kürzlich, am 19. Mai, von fünf medizinischen Fachgesellschaften bekommen haben. Darin wird anhand von wissenschaftlichen Fakten eben sehr deutlich dargelegt, dass gerade junge Kinder wesentlich weniger anfällig sind für Infektionen. Das zeigen die Studien zur Kontaktverfolgung. Ebenso wird deutlich, dass erkennbar weniger Kinder positiv getestet werden und dass es seltener zu schweren Krankheitsverläufen kommt. Die Erkenntnisse aus Baden-Württemberg stützen das Ganze noch. Sie deuten ganz deutlich darauf hin, dass nur wenige Kinder wirklich infiziert waren und damit auch nicht im großen Stil die Krankheit symptomfrei weitergetragen worden ist.

So wird durch die aktuellen Erkenntnisse aus der Infektionsforschung immer klarer: Die Dynamik der Pandemie entsteht durch die sogenannten Superspreader-Ereignisse. Das heißt: Das Après-Ski in Ischgl, die Starkbierfeste oder zum Beispiel der Gottesdienst in Frankfurt sind die Ereignisse, die die wesentliche Dynamik dieser Krankheit entstehen ließen.

Deswegen wird deutlich: Schulen und Kitas spielen keine bedeutende Rolle. Es gibt einen Fall aus Frankreich, der untersucht und angeführt wurde. An einem französischen Gymnasium hat eine Infektion noch vor Einleitung von Schutzmaßnahmen unbemerkt stattgefunden. 43 % der getesteten Lehrer erhielten ein positives Testergebnis, ebenso 40 % der Schüler, allerdings der 15- bis 17-jährigen Schüler. Bei den Schülern unter 15 Jahren war der Anteil der positiv Getesteten mit 2,7 % wirklich verschwindend gering, und dies trotz der Infektionsdynamik.

Dies macht eindrucksvoll deutlich, dass das Infektionsgeschehen nicht von den jüngeren Kindern getrieben wird. Daher ist es nötig, umgehend auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu reagieren und zwischen Kindeswohl auf der einen Seite und Infektionsschutz auf der anderen Seite eine neue Abwägung vorzunehmen. Dies gestehe ich an dieser Stelle auch den GRÜNEN zu. Deswegen müssen wir die Konzepte zum Infektionsschutz überarbeiten, dürfen sie aber nicht abschaffen, wie das die AfD in ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag fordert. Wir müssen sie überarbeiten, damit sich die Einrichtungen vor Ort darauf einstellen können und dann für einen eingeschränkten Regelbetrieb individuelle Lösungen schaffen können; denn diese werden auch nötig sein.

Entscheidend ist am Ende eines: dass wir in der Regel von diesem Hin und Her zwischen Notbetreuung, zwischen viel zu kurzen Präsenzphasen und dem Lernen zu Hause, wieder wegkommen, das leider auch nicht so funktioniert, wie es notwendig wäre, damit es nicht, wie anfangs erwähnt, zu verlorenen Generationen kommt. Zumindest für die Jüngeren können wir das machen.

Schaffen wir wieder geordnete Strukturen. Darauf zielt unser Antrag ab. Kinder haben ein Recht auf Bildung und Erziehung. Das kann und das muss wieder gestärkt werden. Die neuesten Stellungnahmen der Wissenschaft sind ein Weckruf. Wir sollten ihn hören. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jan Schiffers das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Bitte schön, Herr Schiffers.

**Jan Schiffers (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Die Fraktion der GRÜNEN fordert in ihrem

Antrag, ab dem 15. Juni einen Kita-Regelbetrieb herzustellen. Wir begrüßen das. Ich weise darauf hin – ich hatte es in meinem vorangegangenen Redebeitrag schon erwähnt –, dass wir als AfD-Fraktion bereits am 27. April die Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen gefordert haben. Ab dem 1. Juni wollten wir den Regelbetrieb ermöglichen. Der Antrag wurde, wie schon erwähnt, abgelehnt.

Wir sind selbstverständlich dafür, dass die Kitas in Bayern so schnell wie möglich wieder öffnen. Außerdem fordern wir eine vollständige Öffnung der Grundschulen, wie Sie unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag entnehmen können.

Wir sind jedoch auch der Meinung, dass auch Kinder Träger der Grundrechte sind – das ist nicht nur unsere Meinung, sondern das ist so. Nebenbei bemerkt: Deswegen braucht es keine extra Kinderrechte im Grundgesetz. Auch den Kindern muss natürlich ermöglicht werden, ganz regulär soziale Kontakte zu pflegen und den Alltag menschenwürdig wiederaufzunehmen. Aus diesem Grund sind wir auch gegen die im Antrag der GRÜNEN vorgesehenen Maßnahmen wie Schutzmasken, Handschuhe usw.

Zum Glück gibt es die neue Studie aus Baden-Württemberg, aus Heidelberg, in der bestätigt wird, dass Kinder unter zehn Jahren eine untergeordnete Rolle bei der Verbreitung des Coronavirus spielen. Auch vier medizinische Fachgesellschaften forderten Mitte Mai eine komplette Rückkehr zur Normalität an Kitas und Grundschulen.

In den letzten Wochen hat sich allerdings schon abgezeichnet, was sich jetzt bewahrheitet: Ministerpräsident Markus Söder will seinen harten Kurs weiterfahren, koste es, was es wolle. Schon im Zuge unseres Antrags vom April haben wir auf die Studie aus Island mit 13.000 Teilnehmern hingewiesen, die eindeutig zu dem Ergebnis kam, dass Kinder keine bedeutsamen Treiber für die Übertragung von Corona sind.

Warum der Ministerpräsident so stur und beharrlich keine Normalität für Kinder einkehren lassen will, obwohl dies aus wissenschaftlicher Sicht befürwortet wird, darüber kann man nur spekulieren. Das mag damit zusammenhängen, dass es ihm jetzt schwerfällt, einen anderen Kurs zu fahren, ohne das Gesicht zu verlieren. Vielleicht

liegt es auch daran, dass man im Moment mit sogenannten Face Shields auch ordentlich Umsatz machen kann – Stichwort: Baumüller Gruppe.

Nach den Sommerferien sollen nach der derzeitigen Planung die Kitas wieder in den Regelbetrieb gehen. Zugleich schafft der Ministerpräsident allerdings ein Klima der Angst. Er macht, was er anderen immer vorwirft, und schürt die Angst vor einer zweiten Welle. Ob diese kommt oder nicht, werden wir sehen.

Wir sind der Meinung, wir müssen für die Kinder unbedingt die Normalität wiederherstellen. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der AfD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Doris Rauscher.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Ministerin Carolina Trautner! Wir haben zu diesem Thema einen Antrag mit vier wesentlichen Aspekten eingereicht. Ich möchte es jetzt ganz ruhig angehen und tatsächlich den Bogen zwischen Landtag und Ministerium, zwischen Legislative und Exekutive spannen. Dies ist mir wirklich ein großes Anliegen. Auch wenn sich unsere Wahrnehmung manchmal etwas unterscheiden mag und unterschiedliche Menschen im Haus mit unterschiedlichen Erfahrungen und mit unterschiedlichen Anliegen von draußen offensichtlich konfrontiert werden, stellen wir doch fest, dass vor Ort die Leitungen in den Kitas vor ihren Türen tatsächlich ein Chaos erleben, das zum Teil wirklich nicht mehr zumutbar ist.

Der erste Aspekt, den ich nennen möchte, ist die Rückkehr aller Kinder in die Kitas nach den Pfingstferien. Wir haben aufgrund der vielen Anträge, die zu diesem Thema eingereicht wurden, schon sehr viel diskutiert. Deswegen will ich das gar nicht mehr zu sehr ausdehnen. Es ist aber tatsächlich so, dass es für Eltern und auch für Kita-Teams

inzwischen nicht mehr nachvollziehbar ist – lange war es nachvollziehbar –, wieso die restlichen 20 % der Kinder nach den Pfingstferien nicht zurückkommen sollen. Ich mache das am Beispiel der Dreijährigen fest.

Dreijährige dürfen dann in die Kita kommen, wenn die Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten oder wenn es sich um dreijährige Krippenkinder handelt oder wenn sie dreijährige Geschwisterkinder von Vorschulkindern sind. Dreijährige Kinder, die diese genannten Kriterien nicht erfüllen, dürfen aber noch nicht kommen. Ich finde ganz ehrlich: Zu Recht verstehen die Eltern, die einfach nur ein dreijähriges Kind haben, nicht, warum ihr Kind noch weitere zwei Wochen nicht in die Kita gehen darf. Dies lässt sich auch nicht mehr mit einem erhöhten Infektionsrisiko in Kitas begründen. Die Gründe hat der Kollege von der FDP gerade erläutert.

Ein weiterer Aspekt ist die wirklich verlässliche Kita-Finanzierung. Auch dazu wurden vorher schon viele Argumente ausgetauscht. Fakt ist aber auch, dass die Träger und die Einrichtungen tatsächlich unter großem Druck stehen. Wir sprechen hier von öffentlichen Einrichtungen. Wir sprechen nicht von irgendetwas. Ich würde Kitas fast mit Schulen vergleichen wollen; diese sind systemrelevant. Wir sprechen von frühkindlicher Bildung. Kitas sind aus unserer Landschaft nicht wegzudenken. Ich finde, wirklicher Dank wäre, wenn wir ihnen ein wirkliches finanzielles Auskommen zusichern würden und etwas differenzierter hinsehen würden, ohne mit der Gießkanne über alle hinwegzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, es ist richtig, dass die Regelfinanzierung weiterläuft. Ich finde, es ist das Mindeste, dass die Grundfinanzierung einer Kindertageseinrichtung gesichert ist. In diese Regelfinanzierung kommen aber Risse, weil zum Thema Betreuungsgebühren, das ich jetzt gar nicht mehr vertiefen möchte, hinzukommt, dass mittlerweile Betreuungsplätze gekündigt werden, weil Eltern sagen: Die zwei Monate brauchen wir unser Kind auch nicht mehr dorthinzuschicken, dass aufgrund der Hygienemaßnahmen keine Eingee-

wöhnungen stattfinden sollen, dass sie mit Personalengpässen zu kämpfen haben, weil in manchen Einrichtungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind, die altersbedingt zur Risikogruppe gehören. Wir haben eine eingeschränkte Betreuung und eingeschränkte Betreuungszeiten. Die Eltern sind nicht bereit, für eine Teilzeitbetreuung, also für eine geringere Buchungszeit, den gleichen Beitrag zu zahlen, den sie zuvor bezahlt haben. Ich will damit die Komplexität der Problematik zum Ausdruck bringen.

Deswegen habe ich eingangs gesagt, dass es mir wichtig ist, diesen Bogen zu spannen. Es geht hierbei – zumindest mir – nicht darum, eine Konfrontation zum Ministerium aufzubauen, sondern es geht mir darum, den Blick zu schärfen und diese Sache wirklich ernst zu nehmen.

Ein weiterer Aspekt, Punkt 4 in unserem Antrag, bezieht sich auf die frühzeitige Kommunikation mit den Einrichtungen. Ich verstehe, dass auch die Staatsregierung mit vielen Herausforderungen zu kämpfen hatte. Aber Handreichungen, die am Freitagabend um 20:30 Uhr verschickt werden und bereits am Montag umgesetzt werden sollen, wobei das Kita-Personal am Wochenende in der Regel nicht in der Kita ist, empfinden diese als unzumutbar. Ich finde, so etwas darf nicht mehr passieren, und auch die Inhalte dieser Handreichungen müssen etwas realitätsnaher sein; denn die Rückmeldung aus der Praxis ist tatsächlich, dass diese nicht realitätsnah sind.

Wie soll man kleine Gruppen bilden, wenn die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen? Wie soll ein Kind den Eltern auf einer Decke übergeben werden? Erklären Sie einmal dem Zweijährigen – die dürfen sowieso noch nicht –, aber dem Dreijährigen, dass es auf der Decke sitzen bleiben soll.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Rauscher, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Doris Rauscher (SPD):** Mir ist es nur wichtig, liebe Carolina Trautner – nimm das mit, es ist mir wirklich ein Anliegen –: Die Kitas haben große Not.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Sylvia Stierstorfer.

**Sylvia Stierstorfer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie trifft besonders viele Familien. Das ist klar. Es ist nicht einfach, wenn die Kinder zu Hause betreut werden, da die Kindertagesstätten geschlossen sind, und viele Eltern parallel arbeiten müssen. Bei dieser Gelegenheit deshalb ein ganz großes Dankeschön an unsere Familien für die geleistete Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Es war sicherlich nicht einfach; die Kinder konnten nicht mit anderen Kindern spielen, sie konnten auch nicht zu den Großeltern. Trotzdem hatten wir immer das Wohl der Kinder im Blick. Der Infektionsschutz hat aber auch bei uns – Herr Becher, Sie haben es heute noch einmal dargelegt, wie schnell sich auch die Meinung bei Ihnen ändert –

(Zuruf)

nur bestimmte Maßnahmen zugelassen. Daher ist die Situation jetzt schon wieder eine andere.

Die Notbetreuung in den Kindertagesstätten wird erheblich ausgeweitet, auf Vorschulkinder und Geschwisterkinder. Ab 15. Juni werden voraussichtlich 80 % der Kinder wieder in die Kita gehen können, ab 1. Juli sollen alle Kinder wieder die Einrichtungen besuchen dürfen, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt.

Jetzt bin ich beim Infektionsgeschehen – und genau das ist der springende Punkt. Wir wissen nicht, wie sich das Infektionsgeschehen in den nächsten Monaten entwickeln wird. Wir werden genau hinschauen, wie sich die Situation nach Pfingsten entwickelt. Wir hoffen alle das Beste.

Sie haben die Studie in Baden-Württemberg angesprochen. Diese Studie, Herr Becher, ist ein Zwischenergebnis aufgrund der Notbetreuung und nicht aufgrund eines Regelbetriebs. Es ist vorsichtig optimistisch. Wir hoffen, dass es vorsichtig optimistisch bleibt.

Ich wollte hier nur noch einmal anführen, dass wir trotz allem eine Gesamtverantwortung haben und nicht wissen, ob bei den Kindern, die vielleicht bereits eine Infektion durchlaufen haben, Schäden zurückbleiben. Hierzu gibt es bereits Untersuchungen, deren Ergebnisse noch offen sind.

Nur ein Hinweis der Vollständigkeit halber: In Fällen einer sonst zu befürchtenden Kindeswohlgefährdung – das ist heute auch angesprochen worden – durften Kinder – das war auch ein großes Thema bei uns im Ausschuss – trotzdem in die Kitas gehen, weil uns bewusst war, wie wichtig das ist, und deshalb haben wir die Kitas offengehalten.

Die Spielplätze sind wieder offen. Es gibt die Möglichkeit, nachbarschaftlich oder in Familien-Kleingruppen mit Gleichaltrigen wieder spielen zu können.

Wir haben auch Leistungen installiert, die Familien finanziell absichern, zum Beispiel – das ist meines Erachtens ein wichtiger Punkt – die Lohnausfallentschädigung im Infektionsschutzgesetz, die, wie von uns im Plenum gefordert, nun verlängert wird.

Es gibt in Bayern knapp 9.800 Kitas, die sicherlich unterschiedlich aufgestellt sind. Deshalb brauchen wir auch unterschiedliche flexible Antworten bei den Kitas. Die Bayern-Studie hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern diesen Kurs mitgehen, dass Sie eine vorsichtige Öffnung, die Strategie, die Bayern bisher verfolgt hat, zum großen Teil mittragen.

Bei alledem muss uns aber auch bewusst sein, dass wir nicht auf den Knopf drücken und sagen können: "Die Pandemie ist vorbei. Wir wissen alles!" – Wir wissen noch sehr wenig. Wir sind in einem Anfangsstadium. Deshalb müssen wir genau beobachten, zumal es keine abschließenden wissenschaftlichen Einschätzungen gibt, was die

Übertragung – ich habe es bereits ausgeführt – betrifft. Deshalb halten wir das schrittweise Vorgehen bis zum 1. Juli nach wie vor für richtig und verantwortungsvoll. Im Übrigen kenne ich viele Eltern und auch Kita-Beschäftigte, die genau dieses vorsichtige Vorgehen für notwendig erachten.

Jetzt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sind wir beim Schutz. Das eine sind die Eltern, die Familien, die Kinder, und dann sind wir beim Personal, dem Kita-Personal, den Frauen und Männern, die natürlich auch selbst Angst vor einer Ansteckung haben.

Anders als in anderen Bereichen ist der Schutz in den Kitas deutlich schwieriger, weil man direkt am Kind arbeitet. Das Tragen von Masken ist schwierig bei den Kleinsten, wenn sie getröstet oder gewickelt werden müssen. Deshalb haben wir hier auch eine andere Situation.

Dennoch müssen die Träger, allen voran die Kommunen als Arbeitgeber, alles Mögliche tun, um gemeinsam mit dem Freistaat den nötigen Schutz zu gewährleisten. Das Sozialministerium hat deshalb auch eine Handreichung zur Hygiene und zum Schutz des Personals an die Einrichtungen gegeben.

Es wurde die Corona-Testkapazität angesprochen – die Ministerin hat es gesagt – und dass diese vor allem für die Einrichtungen ausgeweitet wird, was ich zu einhundert Prozent unterstützen kann.

Der Freistaat gibt also die notwendigen Hilfestellungen, damit mit den Öffnungen auch der Schutz des Kita-Personals immer im Blick ist. Ich sage bei dieser Gelegenheit ein herzliches Dankeschön und Vergelts Gott an das Kita-Personal für das bisher Geleistete und für die Solidarität und Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Wir im Freistaat bleiben zum Schutz unserer Bevölkerung vorsichtig, achten auf Hygienekonzepte und bleiben bei einer schrittweisen Öffnung der Kitas bis zum 1. Juli.

Daher lehnen wir den Antrag der GRÜNEN sowie die nachgezogenen Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stierstorfer. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Susann Enders.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über Geschwindigkeiten kann man streiten, nicht nur zwischen Opposition und Regierung, sondern auch innerhalb der Regierungsfractionen; das hat jeder mitbekommen. Das liegt in der Natur der Sache. Es gab viele Themen, bei denen wir innerhalb der Regierungsfractionen unterschiedliche Meinungen hatten. Warum denn nicht? Wir haben immer einen Konsens gefunden. Es gibt nun einmal keinen Corona-Öffnungsidealweg. Aber wir haben als FREIE WÄHLER und CSU auch hier wieder einen guten Weg gefunden.

Bei allen von der Bayerischen Staatsregierung getroffenen Maßnahmen steht eines an erster Stelle: der Schutz der Menschen, der Familien und der Kinder. Wir wissen um die Situation der Familien. Für viele waren die vergangenen Wochen nicht einfach. Deshalb gehen wir jetzt wieder einen Schritt nach vorne. Kindertageseinrichtungen werden die Betreuung am 15. Juni deutlich erweitern. Das betrifft dann 80 % der Kinder in Bayern. Der stufenweise Öffnungsplan der Staatsregierung ist durchdacht und orientiert sich an den sinkenden Infektionszahlen. Die schrittweise Aufnahme des Regelbetriebes ist ein Vorhaben, das wir FREIE WÄHLER deutlich unterstützt haben. Der Übergang in den Regelbetrieb wird stattfinden. Wir dürfen dennoch – das kann man nur wiederholen – nichts überstürzen.

Am 1. Juli soll der Übergang von der erweiterten Notbetreuung zum eingeschränkten Regelbetrieb stattfinden. Bis dahin und auch noch danach werden wir die Situation genau beobachten. Ich bin froh, dass bis zu den Sommerferien endlich wieder alle Kinder in der Kindertagesbetreuung sein können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, vor einem überstürzten Vorhaben können wir hier nur warnen. Zu Ihrer Anmerkung im Antrag hinsichtlich Hygienekonzepten in Einrichtungen gibt es bereits klare Richtlinien vom Sozialministerium. Auch Ihre Forderung nach Tests für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde von der Staatsregierung längst erkannt. Wir FREIE WÄHLER stehen dafür ein, dass auch Erzieherinnen und Erzieher die Gelegenheit bekommen, sich freiwillig testen zu lassen. Wir wollen an Tests nicht sparen. Sie können sich an meine Rede von vor circa eineinhalb Stunden erinnern.

Wir streben auch die Rechtssicherheit für die Kostenträgerschaft an, wie Sie an unserem vorherigen Antrag ebenfalls erkennen können. Ihr Antrag behandelt aber nichts, was die Bayerische Staatsregierung nicht bereits auf dem Schirm hat.

Ein überstürztes Vorgehen mit einer kompletten Öffnung der Einrichtungen halten wir für fahrlässig. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab, ebenso die nachgezogenen Anträge von AfD, SPD und FDP.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Da wir bereits etwas über dem Sitzungsende 18 Uhr sind, können wir die Dringlichkeitsanträge unter Rangziffer 5 heute nicht mehr abstimmen und werden dies in der nächsten Plenarsitzung nachholen. Das gilt für die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8015, 18/8073, 18/8074 und 18/8075.

Die Rangziffer 6 der heutigen Dringlichkeitsanträge mit den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 18/8016 und 18/8076 kann wegen des Sitzungsendes heute auch nicht mehr beraten werden. Die Dringlichkeitsanträge werden nach § 60 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung in den Haushaltsausschuss verwiesen.

Zudem werden die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/8017 bis 18/8021 und 18/8077 im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

TOP 7 und TOP 8 können heute gleichermaßen nicht mehr aufgerufen werden.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Offiziantinnen und Offizianten für das gesundheitspräventive Engagement für uns alle. Ein herzliches Dankeschön.

Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen einen schönen Abend und frohe Pfingstferien. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:03 Uhr)



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/8073

**Kitas und (Grund-)Schulen wieder für alle Schüler öffnen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung über die nachstehenden Dringlichkeitsanträge aus der Plenarsitzung am 28. Mai 2020**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kinder brauchen Kinder: Kita-Regelbetrieb wiederherstellen! (Drs. 18/8015)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)**

**Kitas und (Grund-)Schulen wieder für alle Schüler öffnen (Drs. 18/8073)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)**

**Kindeswohlgefährdung beenden - Kindergärten und Grundschulen umgehend und vollständig öffnen (Drs. 18/8074)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Chaos für Familien und Kitas beenden - mit Verlässlichkeit und Planungssicherheit aus der Krise (Drs. 18/8075)**

Über diese Dringlichkeitsanträge konnten wir in der letzten Plenarsitzung am 28. Mai 2020 aus Zeitgründen nicht mehr abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/8015 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstim-

men! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/8073 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und Kollege Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU. Enthaltungen! – Das sind die AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/8074 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltung? – Kollege Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/8075 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER. Enthaltungen? – AfD-Fraktion und Kollege Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.